

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Hauptverleger: Ed. Stankmann, Dresden
Bank der Arbeiter, Anstalt für
und Gewerkschaften, K. O. Dresden,
Gebäude Anstalt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen, insbesondere die, die sich auf die Wahlberechtigung beziehen, ist nur in dem Maße verbindlich, als er durch die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden bestätigt ist.

Abonnementpreise: Vierteljährlich 1,50 M., halbjährlich 2,80 M., jährlich 5,20 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf.

Druckerei: Druckerei des Verlegers, Dresden, Poststraße 12. Telefon 1111.

Abonnementpreise: Die 30 mm breite Nummer 100 Pf., die 40 mm breite Nummer 200 Pf., die 50 mm breite Nummer 300 Pf., die 60 mm breite Nummer 400 Pf., die 70 mm breite Nummer 500 Pf., die 80 mm breite Nummer 600 Pf., die 90 mm breite Nummer 700 Pf., die 100 mm breite Nummer 800 Pf., die 110 mm breite Nummer 900 Pf., die 120 mm breite Nummer 1000 Pf.

Nr. 297

Dresden, Montag, den 23. Dezember 1929

10. Jahrgang

Die zweite Niederlage

5825000 Ja-Stimmen — rund 400000 Nein-Stimmen — 42,5 Mill. Wahlberechtigte

Der Volksentscheid ergab nach vorläufigen Berechnungen bei insgesamt 42,5 Millionen wahlberechtigten Deutschen 5825082 Stimmen mit Ja (gegen 4147725 Einzeichnungen beim Volksbegehren) und rund 400000 Nein-Stimmen. Ungefähr 150000 Stimmen sind ungültig.

In den drei sächsischen Wahlkreisen wurden von insgesamt 3534153 Stimmberechtigten 589715 Ja- und 32354 Nein-Stimmen abgegeben. Im ganzen Freistaat Sachsen haben für den Volksentscheid 16,70 Prozent, im Wahlkreis Dresden 15,4 Prozent, im Wahlkreis Leipzig 13,17 und im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau 20,04 Prozent der Stimmberechtigten gestimmt.

Die Niederlage, die sich die Eugenberger schon beim Volksbegehren hatten, wurde gestern durch den Volksentscheid besiegelt. Von 42,5 Millionen Wahlberechtigten stimmten nur 5825000 mit Ja. Ist das viel, ist das wenig? Das kommt auf den Maßstab an. Man kann sagen, daß es in Deutschland noch reichlich viel politische Unreife gibt, wenn nahezu 6 Millionen sich für ein solches Monstrum wie dieses „Freiheitsgesetz“ erklären und den Sinn der bisher getriebenen notwendigen unausweichlichen Verständigungspolitik noch immer nicht begriffen haben! Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 jedoch stimmten für die Parteien des Volksentscheids (Deutschnationale, Nationalsozialisten und Landwirtsch. Parteien) rund 6,4 Millionen Wähler. Die Parteien des „Freiheitsgesetzes“ haben also in dieser neuen Schlacht 600000 Stimmen verloren. Das gibt den Maßstab für die Bedeutung, und so gemessen muß man sagen, daß die ganze Aktion eine unzweideutige Niederlage darstellt, denn die Eugenberger hatten es nicht nur für selbstverständlich gehalten, daß ihnen ihre Wähler folgten, sondern sie wollten in das Lager der anderen einbrechen. Ueber 20 Millionen hätten die Pulschiffen aufbringen müssen, wenn sie siegen wollten. Diese Hoffnung gaben sie von vornherein auf, aber sie rechneten mit einer Gefolgschaft von mindestens 10 Millionen. Jedoch nicht einmal ein Siebentel der Wählerkraft und nicht einmal ein Viertel der zum Siege notwendigen Zahl konnten sie aufbringen.

und wo es nun eigentlich steht. Man kann heute in seiner Kritik lesen:

Mit 21 Millionen Stimmen haben sie selbst keinen Augenblick gerechnet, aber wenigstens 10 Millionen wollten sie doch vorweisen, um sagen zu können: Das alles steht hinter uns im unserem Ansturm gegen die Methoden deutscher Außenpolitik. Denkt man an den Einbruch im Ausland, dann müßte man diesen Wunsch kurz und teilen.

Ein zührender Konflikt zwischen völkischer und volksparteilicher Seele! Dieser Konflikt entspricht die Haltung des Blattes. Das Freiheitsgesetz war so dünn, daß man auch in der Redaktion des Dresdner Amtsblattes seinen Sieg nicht wünschen konnte, aber wegen des Einbruchs im Ausland wünschte man eine achtbare Ja-Mehrheit. So verworren stand wahrscheinlich ein beträchtlicher Teil der national-liberalen Presse zu der Aktion und verfiel sich darum passiv. Sonst müßte das Resultat für die Pulschiffen noch niederschmetternder sein.

Wird Dr. Hertz Finanzminister?

Hilferdings Rücktritt

Der Reichsfinanzminister, Genosse Hilferding, ist von seinem Amte zurückgetreten. Er hat die von ihm eingeleitete Politik nicht durchführen können, und so war wohl sein Rücktritt unvermeidlich geworden. Seit Tagen war schon ein Trommelwirbel in der bürgerlichen Presse gegen Hilferding losgegangen, obgleich er sich bemüht hatte, den Wünschen der bürgerlichen Koalitionsgenossen der Sozialdemokratie in nur zu weitem Umfange entgegenzukommen. Aber in der bürgerlichen Presse braucht man einen sozialdemokratischen Sündenbock, den man nun als den Schuldigen auch für solche Sünden hinstellen kann, die in Wahrheit die früheren bürgerlichen Finanzminister und die bürgerliche Reichstagsmehrheit begangen hatten. Es ist nicht wahr, daß Hilferding das Elend der deutschen Reichsfinanzen verschuldet hat, Schuld daran tragen seine Vorgänger Röhl und vor allem Reinhold, der in so großem Maße Steuern abbaut, und Schuld daran trägt auch die bürgerliche Mehrheit des Deutschen Reichstages, besonders die Deutsche Volkspartei, die nicht bereit war, die vom Reichsfinanzminister Hilferding geforderten neuen Einnahmen zu bewilligen.

Berechtigt aber ist der Vorwurf gegen Hilferding, daß er erst im letzten Augenblick Maßnahmen durchzuführen versuchte, um eine Katastrophe der deutschen Reichsfinanzen am Jahreswechsel zu vermeiden. Der Reichstag hätte mindestens einen Monat früher zusammengerufen werden müssen, um sich darüber zu entscheiden, wie den ärgsten Finanznöten zu begegnen ist.

Ein schwerer Fehler Hilferdings war es, daß er mit Finanzreformplänen hervortrat, die für seine eigene Partei nicht tragbar waren, daß er nicht mit aller Entschiedenheit den Steuerabbauwünschen der Besonderen entgegentrat und die Kräfte in der Arbeiterbewegung, in der Partei und in den Gewerkschaften auf den Plan rief, die ihm im Kampf gegen die kapitalistische Steuerbrüderbergerei hätten unterstützen können. Allerdings trifft dieser Vorwurf den Genossen Hilferding nicht allein, sondern auch den Reichsfinanzminister, Genossen Hermann Müller,

Ueber ihre Wählerkraft hinaus gelangten sie nur in wenigen Bezirken. Zu diesen gehören Magdeburg, Halle, Merseburg, Thüringen, Ost-Sachsen, Braunschweig und Sachsen. Von den sächsischen Bezirken schnitt für die Gegner des Volksentscheids wohl der Bezirk Dresden-Waizen am günstigsten ab. Hier kamen die Eugenberger nur um 1000 Stimmen über ihre Wählerkraft hinaus.

Das Resultat der ganzen Aktion: Eine sinnlose Geldvergeudung, eine Störung unserer Außenpolitik, eine Erschöpfung unseres Vermögens, die deutschen Wästen zu senken — und die Verschönerung des deutschen nationalen Demagogentums. Das letztere ist das einzig Erfreuliche an dem Nummel, der dem Reiche alles in allem 1/2 Millionen Mark kostet. Es wird die höchste Zeit, daß Demagogen à la Eugenberger und Selbste ein solcher Mißbrauch demokratischer Rechte künftig unmöglich gemacht und ein Gesetz geschaffen wird, das die Kosten unnützer Volksentscheide denen aufhakt, die sie zu verantworten haben.

Das Dresdner Ergebnis

In der Stadt Dresden wurden 45118 Ja-Stimmen, 2947 Nein-Stimmen und 567 ungültige Stimmen abgegeben. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 480893. Für das Volksbegehren hatten sich 28189 Wähler eingetragen. Es ist also in Dresden nicht einmal gelungen, die Zahl der Wähler zu erreichen, die bei den vorhergehenden Parlamentswahlen für die Parteien stimmten, die jetzt den Volksentscheid betrieben. Die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und der Landbund erhielten bei der Landtagswahl im Mai 1928 61000 Stimmen und bei der Landtagswahl im Mai 1929 58985 Stimmen. Der Aufruf zum Volksentscheid hat die früheren Wähler dieser Parteien nicht zu erfassen vermocht, und damit hat sich Dresden weniger reaktionär gezeigt als viele andere Reichsstädte.

(Das sächsische Ergebnis siehe Seite 2)

Dabei waren ihnen in den letzten Wochen Wind und Wetter durchaus günstig. Die Finanzkalamität des Reiches, der Vorstoß Schachts gegen die Passivität der Reichsregierung, die Debatte über die beklemmende Finanzlage der deutschen Gemeinden und Länder, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beunruhigte — das alles kam ihnen zu Hilfe. Auch Herr Bunte vom Staatsgerichtshof sprach ihnen bei und fügte in der Frage, wie weit Beamte sich angesichts des Buchhaushaltsgesetzes dieses Freiheitsgesetzes an der Aktion beteiligen dürfen, ein Urteil, das sehr anfechtbar ist und allen Beamten das Recht zurpricht, sich einzutragen und für ein Gesetz zu stimmen, das die Minister der Erfüllungspolitik für auch hauswüchsig erklärt. Rein, die Gerölde dieses Volksentscheids konnten sich vielfach nicht über die Ungunst der Situation beklagen. Deutschland steht vor der Zahlungsunfähigkeit — ist das nicht ein Beweis, daß die bisherige Erfüllungspolitik unmöglich ist? Wie bequem war diese falsche Beweisführung! Und doch brachten sie nicht einmal ihre Wählerzahl vom Mai 1928 auf! Das ist eine schwere Niederlage, und es kann kaum zweifelhaft sein, daß Eugenberger sie als Vorführer der Deutschnationalen Volkspartei nicht lange überleben wird.

Hätte jener Teil der bürgerlichen Presse, der den Volksentscheid ablehnte, seine Pflicht allenthalben getan, so konnte die politische Vernunft der deutschen Wählerkraft einen noch stärkeren Sieg erröcken. Aber der größte Teil dieser Presse begnügte sich damit, an unauffälliger Stelle, unter möglichster Schonung des Gedrucks, die Parole auszugeben: Fernbleiben. Jeder Kampf wurde vermieden. Man fürchtete um jene Abonnenten, bei denen doch Stimmung für die Aktion Eugenberger vorhanden sein könnte. Der volksparteilich orientierte Dresdner Anzeiger brachte so viele Versicherungen der Volksentscheidspartei für das „Freiheitsgesetz“, daß es seine Leser verwirren mußte. Das Blatt, das zum Schluß offenbar selbst nicht mehr genau gewußt, wie

der bei dem Kampf um die deutschen Reichsfinanzen nicht den notwendigen sozialistischen Willen zeigte. Auch Partei- und Fraktionsvorstand haben nicht rechtzeitig das Nötige getan. In unserer Partei hat es wohl an der notwendigen entschiedenen Führung und an der notwendigen Führung zwischen unseren Ministern und den leitenden Instanzen im bedenklichen Maße gefehlt.

Für Parlamentarismus und Demokratie war es ein empfindlicher Schlag, daß infolge der Finanznot des Reiches Herr Schacht, der Mann mit den 340000 Mark Jahres-einkommen, sich zum Finanzdiktator in Deutschland aufschwangen und der Regierung und den Parteien seine Bedingungen diktiert konnte. Das, was unter dem Druck Schachts schließlich getan worden ist, hätte der sozialdemokratische Reichsfinanzminister selbst vorschlagen müssen, denn das Ziel unserer Politik muß es sein, unter allen Umständen eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeizuführen, damit das Reich nicht in eine so drückende Abhängigkeit von den Sachwaltern des Großkapitals gerät.

Noch darüber müssen wir uns klar sein: wäre der sozialdemokratische Reichsfinanzminister mit dem Vorschlag gekommen, einen Tilgungsfonds zu schaffen, wie das jetzt geschehen soll, hätte er daraus die notwendige Schlussfolgerung gezogen, daß Steuererhöhungen unmöglich sind, denn wäre erst recht ein Angriff aus dem bürgerlichen Lager gegen ihn eröffnet worden, und erscheint es sehr zweifelhaft, ob er dann in stande gewesen wäre, diesem Angriff standzuhalten. Aber dann hätte dieser Reichsfinanzminister seine Fraktion und seine Partei hinter sich gehabt. Wäre er dann in offener Feindschaft im Reichstag gefallen, so wäre das sicher sowohl für ihn selbst wie für seine Partei sehr viel angenehmer gewesen als das, was wir jetzt erleben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich erfreulicherweise auf den Standpunkt gestellt, daß der Nachfolger des Genossen Hilferding wieder ein Sozialdemokrat werden muß. Wir hoffen, daß die Herren vom Großkapital, die seit Jahr und Tag nach Steuerermäßigung schreien, jetzt im